



**Gremium: Wirtschafts- und Sozialrat**  
**Thema: Zugang zu Medikamenten**  
**Stadium: verabschiedete Resolution**  
**Einbringerstaat: Bundesrepublik Deutschland**

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT,

*in Erinnerung an* die Deklaration der Menschenrechte und in Berufung auf die einstimmig verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele von 2015, hinweisend auf das Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS-Abkommen) sowie das Globale Netzwerk zur Gesundheitsfinanzierung von 2007,

*alarmiert über* den ungleichen Zugang zu Medikamenten,

*missbilligend*, dass bisherige Bestimmungen und Resolutionen keine angemessene Beachtung finden,

*mit Enttäuschung zur Kenntnis nehmend*, dass es keinen weitreichenden Zugang zu kostengünstigen, aber ebenso qualitativ hochwertigen Medikamenten, besonders in Entwicklungsländern gibt,

*fest überzeugt* von der besonderen Rolle der Vereinten Nationen in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der Entwicklung und Forschung und der Einhaltung der Menschenrechte,

*geleitet von* der gemeinsamen Entscheidungsfindung sowie *hervorhebend*, dass wirtschaftlicher Profit mit flächendeckender Medikamentenversorgung vereinbar ist,

1. *ruft* alle Staaten zum Handeln *auf*, um eine zügige Umsetzung der bisherigen Verträge und Beschlüsse zu bewirken;
2. *fordert* alle Regierungen der Staaten *auf*, volle Verantwortung für die Entwicklung und Erprobung innovativer Sozial- und Krankenversicherungen zu übernehmen;
3. *begrüßt* die enge internationale Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Nichtregierungsorganisationen;
4. *fordert* eine global gesetzliche Sonderregelung für Staaten mit besonders schlechter medizinischer Versorgung;
5. *spricht sich für* Investitionen für den Ausbau und die Unterhaltung von mobilen Behandlungsstrukturen aus, um eine adäquate medizinische Versorgung auch in abgelegenen Räumen zu ermöglichen;
6. *fordert* die World Health Organization (WHO) *auf*, durch das vergünstigte Weiterverkaufen von Generika und Medikamenten an akkreditierte



medizinische Hilfsorganisationen die Behandlung Bedürftiger zu vereinfachen, und *verweist* im Aspekt der Finanzierung *darauf*, bestehende Hilfsfonds zu prüfen;

7. *fordert* alle entwickelten Staaten mit entsprechenden akademischen und personellen Kapazitäten dazu auf, Austauschprogramme in Bezug auf medizinische Ausbildung und Versorgung mit unterversorgten Entwicklungs- und Schwellenländern zu initiieren, und *befürwortet* auch Public-private-Partnerships in einem solchen Rahmen;

8. *spricht sich* für die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen, welche unabhängig von der Regierung handeln, die Stärkung der Kapazitäten der Zulassungs- und Kontrollbehörden sowie spezialisierte Laboratorien *aus*, und *empfiehl*t die Ausbildung von dringend benötigtem technischen und akademischen Fachpersonal für die Medikamentenherstellung und die dazugehörige Forschung besonders bei Generika;

9. *regt* die Staatengemeinschaft in Kooperation mit der World Trade Organization (WTO) zur Debatte über neue Freihandelsabkommen *an*, deren Hauptziel es ist, weltweit tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse bezogen auf den Medikamentenhandel abzubauen und so eine internationale Versorgung zu ermöglichen beziehungsweise zu fördern;

10. *weist auf* eine mögliche internationale und differenzierte Preisobergrenze für Medikamente hin;

11. *regt an*, aus der Liste der unentbehrlichen Medikamente eine Datenbank als Möglichkeit des Wissenstransfers zu entwickeln, um die Herstellung von Generika zu vereinheitlichen und so minderwertige Qualität von Generika zu bekämpfen und produktionschwache Länder zu unterstützen;

12. *bekräftigt* jegliche Entscheidungen von Staaten, die von Zwangslizenzen verhältnismäßigen Gebrauch machen, wenn der Bevölkerung dadurch geholfen werden kann;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zubleiben.